

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt
am Freitag, dem 04.03.2022, um 18:00 Uhr im Fun Park Linden, Bahnhofstraße 125

Bürgermeister	Herr Jörg König	
Erster Stadtrat	Herr Harald Liebermann	
Ausschussmitglieder BPU	Herr Marc Bausch Herr Dr. Ulrich Lenz Herr Hendrik Lodde Frau Antje Markgraf Herr Matthias Spangenberg Frau Katrin von der Decken Herr Dipl. Ing. Ulrich Weiß	Vertretung für Herrn Löser Vertretung für Herrn Hansmann
Stadtverordnetenvorsteher	Herr Fabian Wedemann	
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Thomas Altenheimer Frau Gudrun Lang Frau Karin Lenz Herr Joachim Schaffer	Vertretung für Herrn Nöh
Magistrat	Herr Dennis Bastian Dern Herr Uwe Markgraf Herr Tim-Ole Steinberg	
Ausländerbeiratsvorsitzender	Herr Abraham Abrahamian	
Mitglieder von der Verwaltung	Herr Nicolas Kuboschek Frau Tanja Arnold Frau Birgit Dilger-Becker Herr Jürgen Würz	
Protokollführer/in	Frau Alexandra Agel	
<u>Abwesend:</u>		
Ausschussvorsitzende/r BPU	Herr Burkhard Nöh	
Ausschussmitglieder BPU	Herr Dirk Hansmann Herr Volker Heine Herr Friedel Löser	
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Axel Globuschütz Herr Manfred Leun Herr Dirk Schimmel	

	Herr Dr. Christof Schütz Herr Lothar Weigel
Magistrat	Frau Petra Braun Herr Wolfgang Gath Herr Gerhard Trinklein Herr Michael Wolter
Mitglieder	Herr Meric Uludag
Frauenbeauftragte der Stadt Linden	Frau Jitka Kirsch
Seniorenbeirat	Herr Bernd Wagner

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden / Feststellung des Protokolls
- 3 Beteiligung Regionalplan Mittelhessen
Vorlage: /0029/21-26
- 4 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

BPU-Ausschussvorsitzender Herr Nöh wird heute durch Herrn Lodde vertreten.

Ausschussvorsitzender Herr Lodde begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig.

Stadtverordnete Frau van der Decken merkt an, dass die Ladungsfristen nicht eingehalten wurden. Das Rats- und Bürgerinformationssystem wurde nicht rechtzeitig mit der Einladung und den Anlagen versehen.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Wedemann erklärt, dass die verkürzte Frist im Ältestenrat beschlossen wurde und laut GO so umgesetzt werden kann. Daher konnten die Informationen erst Dienstag hochgeladen werden.

Stadtverordnete Frau von der Decken merkt an, dass dies, aus Transparenz den BürgerInnen gegenüber, künftig ausdrücklich in der Einladung vermerkt werden muss.

Zu TOP 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden / Feststellung des Protokolls

Es liegen keine Einwände zum letzten Protokoll vor. Dieses ist damit angenommen.

Zu TOP 3 Beteiligung Regionalplan Mittelhessen Vorlage: /0029/21-26

Bürgermeister Herr König begrüßt alle Anwesenden und erteilt Herrn Wolf das Wort.

Herr Wolf präsentiert die erarbeitete Stellungnahme des Planungsbüros Fischer und erläutert diese. Die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

Stadtverordneter Herr Altenheimer erkundigt sich, ob bzw. an welchen Stellen die geplanten Baugebiete in Linden von den angesprochenen Hochwassergebieten betroffen sind.

Herr Wolf erläutert, dass aus der Formulierung nicht hervor geht, ob es um Außen- oder Innenbereichsflächen geht. Betroffen sein könnte eine Innenfläche in Großen-Linden im Bereich Kleebach an der Hüttenberger Straße. Hier gab es in der Vergangenheit eine Anfrage auf Beplanung. Weiteres ist im Einzelfall genauer zu prüfen. Das Planungsbüro wird hier mit der Regionalplanung Kontakt aufnehmen und anmerken, dass diese Formulierung konkretisiert wird.

Stadtverordneter Herr Dr. Lenz erkundigt sich, ob die Problematik des Einbezugs von Ober- und Mittelzentren bei der Festsetzung der Vorrangfläche Industrie- und Gewerbe (Pfaffenpfad), bedacht wurde.

Herr Wolf stimmt dem zu und erklärt, dass diese Vorgabe auch vom Planungsbüro kritisiert wird.

Ausschussvorsitzender Herr Lodde erkundigt sich, ob es für den Zeitraum 2002 - 2020 Zahlen zur Wohnentwicklung gibt.

Herr Wolf erklärt, dass ihm keine vergleichenden Zahlen vorliegen.

Ausschussvorsitzender Herr Lodde erkundigt sich weiter, ob sich der Wohnbedarf an Einpersonenhaushalten orientiert.

Herr Wolf verneint dies. Er erläutert, dass es sich um Wohneinheiten handelt, welche nicht näher definiert sind. Mit welchen Personenzahlen pro Haushalt gerechnet wurde, müsste gesondert geprüft werden.

Stadtverordnete Frau Lang erfragt, ob bei dem Bereich, nördlich des Bahnhofes (Stellungnahme S. 19 Nr. 6) Bauleitplanung Am Bahnhof/Sudetenstraße, der Ausbau der Bahnstrecke, bzw. die Verkehrslande berücksichtigt wurde.

Herr Wolf erklärt, dass keine Veränderungen vorgesehen sind.

Stadtverordneter Herr Dr. Lenz merkt an, dass der Bereich 1 (siehe Abbildung auf Seite 19 der Stellungnahme) nicht korrekt dargestellt ist. Das Abbaugelände ist auf der westlichen Teilfläche nicht mehr vorhanden.

Im östlichen Bereich wird noch Sandabbau betrieben. Herr Wolf, gibt an, dass dies erst geändert werden kann, wenn die Fläche freigegeben ist, sofern dort kein Abbau mehr stattfindet.

Stadtverordnete Frau Lang erkundigt sich, ob es korrekt ist, dass Wohngebiete direkt an die Autobahn gebaut werden können.

Herr Wolf erklärt, dass dies durchaus gemacht wird. In diesen Fällen muss der Lärmschutz besonders berücksichtigt werden und die entsprechenden Werte müssen eingehalten werden. Er hält die Planung in diesem Bereich allerdings für schwierig.

Stadtverordnete Frau von der Decken merkt an, dass auf Seite 33 der Stellungnahme die Darstellung nicht korrekt ist. Das müsste insofern angepasst werden, als dass es sich bei der Nutzung der Fläche östlich des Vorranggebietes Industrie und Gewerbe Planung (Pfaffenpfad) um eine vorübergehende Nutzung durch die Firma Wagner (Lagerung und Aufbereitung von Mutterboden) handelt. Herr Wolf erklärt, dass in diesem Falle dort eine genauere Aussage seitens der Regionalplanung getroffen werden muss.

Von Seiten Herrn Dr. Lenz wird eingeworfen, dass der Antrag Nr. 4, Flächen an den Ortsrändern durch die Rücknahme der Vorranggebiete Regionaler Grünzug und die Umwandlung von Vorranggebieten Landwirtschaft zu Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft, als Siedlungserweiterungsmöglichkeiten verfügbar zu machen, gerade am östlichen Ortsrand als problematisch zu sehen ist, u. a. auch dort wegen einer schwierigen Erschließung in Bezug auf Abwasser.

Herr Wolf gibt an, dass ihm dies noch nicht bekannt war und in diesem Fall überlegt werden sollte, den Antrag Nr. 4 wieder zurückzunehmen.

Stadtverordneter Herr Spangenberg merkt an, dass es entscheidend sei, auf den Plan von 2010 zurückzugehen.

Stadtverordnete Frau von der Decken merkt an, dass es Personen gibt, die diese Versiegelung nicht wollen.

Herr Wolf erklärt, dass dies ein Grundsatzproblem ist. Mit dem Antrag soll nicht die Fläche versiegelt werden, sondern Flexibilität in der Planung für die Stadt geschaffen werden.

Stadtverordneter Herr Dr. Lenz merkt an, dass es im östlichen Bereich außerdem einen rechtskräftigen Bebauungsplan gibt, der nicht aufgehoben werden konnte.

Herr Wolf hält fest, dass der Antrag mit diesen Hintergründen zurückgenommen werden sollte.

Stadtverordneter Herr Schaffer erkundigt sich zu Seite 21 (Vorranggebiet Siedlung Planung – Nördlich Breiter Weg), welches Ziel dort angestrebt wird und ob es die Zugangsstraße zum Viadukt geben wird. Herr Wolf verneint dies. Daher hat das Planungsbüro in Antrag Nr. 10 beantragt, die Planung in Form des Zuschnittes des Vorranggebietes Siedlung Planung des Regionalplanes 2010 wieder aufzunehmen. Warum der Zuschnitt im Entwurf des Regionalplanes geändert wurde, ist nicht bekannt.

Stadtverordneter Herr Dr. Lenz erkundigt sich zu Antrag Nr. 8, wie weit die Kommunen für die interkommunale Zusammenarbeit voneinander entfernt sein dürfen und inwieweit die Anzahl der Hektar je Kommune angerechnet werden.

Herr Wolf erklärt, dass hier noch keine feste raumordnerische Regelung besteht. Generell ist die Ausgestaltung einer interkommunalen Zusammenarbeit hier nicht konkret definiert. Es sollte im Antragsziel formuliert sein, dass eine Umsetzung auch ohne die Beteiligung von Ober- und Mittelzentrum erfolgen kann.

Stadtverordneter Herr Dr. Lenz erkundigt sich bzgl. des Antrag Nr. 9, ob das geplante Gewerbegebiet um ca. 60 Meter Richtung Norden verschoben werden kann.

Herr Wolf vermerkt, dass die in den Antrag aufgenommen werden sollte. Laut Bundesfernstraßengesetz ist ein Mindestabstand der Bebauung zu Autobahnen von 40 m einzuhalten.

Stadtverordneter Herr Bausch erkundigt sich, ob die Möglichkeit einer Anschlussstelle Oberhof wieder aufgenommen werden kann.

Herr Wolf erklärt, dass die Anschlussstelle Oberhof an die A485 im alten Regionalplan enthalten ist.

Bürgermeister Herr König erklärt, dass hier immer wieder versucht wurde einen Anschluss zu schaffen, dies aber bislang nie umgesetzt werden konnte.

Herr Wolf erklärt, dass der Landesregionalplan Vorgabe für den jetzigen Plan ist. Solange die Anschlussstelle hier nicht aufgenommen wurde, wird es nicht umgesetzt.

Stadtverordneter Herr Bausch merkt an, dass dies trotzdem mit aufgenommen werden sollte.

Herr Wolf weist darauf hin, dass ein Antrag auf Fristverlängerung für die Kommunen abgelehnt wurde. Für die Kommune ist es wichtig, bis zum 25. März eine vorläufige Stellungnahme abzugeben. Es kann danach noch eine endgültige Stellungnahme abgegeben werden, sofern die Gremien vorher noch keinen Beschluss fassen konnten. Dies sollte schriftlich festgehalten und eine Eingangsbestätigung der vorläufigen Stellungnahme eingefordert werden. Die Berechtigung zur Abgabe einer endgültigen Stellungnahme sollte ebenfalls schriftlich eingefordert werden.

Bürgermeister Herr König erkundigt sich bezüglich des Arnsburger Weges.

Herr Wolf erklärt, dass laut neuem Plan der untere Teil als Siedlungsbestand dargestellt ist. Sollte südlich des Arnsburger Weges eine gewerbliche Nutzung gewünscht werden, müsste ein eingeschränktes Gewerbegebiet entwickelt werden. Allerdings muss dann auch die Verkehrssituation angepasst werden.

Stadtverordneter Herr Altenheimer erkundigt sich, ob für den Radschnellweg schon Trassen vorgesehen sind, da dies im Plan unübersichtlich ist.

Herr Wolf erklärt, dass dies im Kapitel Verkehr und Infrastruktur aufgeführt ist. Der Maßstab der Karte ist für diese Darstellung unbrauchbar. Wichtig für die Kommune ist, dass eine Verbindung an das Radhauptnetz besteht und dass Lücken zu schließen sind. Details finden sich im entsprechenden Kapitel.

Ausschussvorsitzender Herr Lodde eröffnet eine formale Diskussion zum weiteren Vorgehen.

Stadtverordneter Herr Dr. Lenz schlägt vor, die Beschlussempfehlung in einer weiteren Sondersitzung zu besprechen.

Bürgermeister Herr König legt den Termin für die Sondersitzung für Montag, den 14.03.22, um 19:00 Uhr, Funpark fest.

Ausschussvorsitzender Herr Lodde fasst zusammen welche Punkte in der Stellungnahme geändert werden sollen:

- Antrag Nr. 4 wird fallen gelassen.
- Im Antrag Nr. 8 (Vorranggebiet Industrie und Gewerbe Planung – Pfaffenpfad) soll das Antragsziel angepasst werden. Es sollte aufgenommen werden, dass eine Umsetzung auch ohne Beteiligung eines Ober- oder Mittelzentrums erfolgen kann.
- Im Antrag Nr. 9 (Vorranggebiet Industrie und Gewerbe Planung – Pfaffenpfad) soll die Möglichkeit vermerkt werden, das Gewerbegebiet 40 Meter weiter nördlich zu planen.
- Aufnahme des Baugebietes Oberhof, inklusive Autobahnanschluss.

Zu TOP 4 Verschiedenes

Zum TOP 4 erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender Herr Lodde schließt um 20:25 Uhr die Sitzung.

.....
Vorsitzender Hendrik Lodde

.....
Protokollantin Alexandra Agel